

Völkische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Verlags-, Erziehungs- und andere Angaben im Kopf der Morgen-Ausgabe angeführt

Verlag Ullstein & Co. Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw. (im Amt) in Berlin, Carl-Hug-Berlin, Inverval-
Manuskript werden an Carl-Hug-Berlin, wann Porto beizugeben

Schriftleitung: Berlin SW 68, Roststraße 22-26

Fernsprech Zentrale Ullstein & Co. Amt Dönhofs 8600-8628.
Telefonnummer Amt Dönhofs 8600-8605 Telegramm-
Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postfachkonto Berlin 607.

Die Ruhrkredite vor dem Reichstag.

Die Regierung ersucht um Anleihen für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für „Der Druck der Notwendigkeit“ / Eine Reichsanleihe

Auf der Tagesordnung des Reichstags steht heute die Debatte über die Ruhrkredite. Verbunden damit werden sozialdemokratische und kommunistische Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Ruhrkredite.

Reichsanleihe Dr. v. Schlieffen leitete die Beratung mit der Erklärung ein, die Regierung erlaube an, daß bei den Anleihenbedingungen eine Gläubigerbefreiung vorliege, und sie erbitte diese Subvention. Die Regierung habe von vornherein die Möglichkeit gehabt, diese Anleihe dem Reichstag sofort nach seinem Zusammentritt zu unterbreiten.

Hg. Dr. Herz (Soz.) begründet den Antrag seiner Freunde auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der Vergabe der 700-Millionen-Anleihe an die Ruhr-Industrie. Die Debatte für die Regierung schaffe keine befriedigende Klärung. Sie sei nach den Worten der „Germania“ die schlechteste Verteidigung einer solchen Sache. Sie schweigt über die wichtigsten Dinge. Sie gibt den Briefwechsel zwischen Stresemann und Ciano mit Verheimlichung wieder. Sie teilt auch nicht die Rabinetschleusen mit, auf die sich die Regierung in ihrer unterirdischen Propaganda vor dem Erscheinen der Debatte berief. Angesichts der Verleumdung von rechts, die früheren sozialdemokratischen Minister für die Ruhr-Entschädigung mitverantwortlich zu machen, müßten wir von dem jetzigen Reichstagspräsidenten verlangen, daß er die Wahrheit die Ehre gibt und befähigt, daß kein Anleihenangebot als Finanzmittel der Regierung nichts mit dieser Angelegenheit zu tun hat. (Reichstagspräsident Dr. Luther nicht beizuhängen.) Am 2. Oktober ist die Erklärung von der Regierung ausgegangen, am 20. Oktober ist die Aktion erst internommen worden. Das Organ des Ministers Dr. Stresemann hat aber zunächst der Wahrheit zuwider auch die sozialdemokratischen Minister als beteiligt hingewiesen. (Minister Dr. Stresemann: „Amen!“)

Sie müßten Ihre Organ häufig besser lesen, Herr Dr. Stresemann. Auch am 12. Oktober führte Dr. Stresemann dem Reichstagspräsidenten, er könne bei der Finanzierung des Reiches eine Garantie für den Erfolg der Reparationsarbeiten der Industrie nicht übernehmen. (Dr. Stresemann: Das war der Standpunkt der Regierung!) Wir billigen ja diesen Standpunkt; aber schon am 21. Oktober wurde von Dr. Stresemann etwas anderes ausgesagt (Minister Dr. Stresemann: Weil die Regierung am 20. Oktober durch einstimmligen Beschluß ihren Standpunkt geändert hat!) Auch in den letzten Briefen aber wurde gefordert, daß die Zahlung der ersten einbüßlichen Ordnung der Finanzen gelöst werden könnten. Besonders auffallen ist auch die Art der Regierungsvorberhandlungen mit den Sozialdemokraten. So lange das Wiederabnahmefähigkeitsverfahren eines sozialdemokratischen geleitet wurde, galt es als zünftig für diese Verhandlungen. Unzufrieden wurde es in dem Augenblick, wo der Sozialdemokrat Robert Schmidt das Ministerium übernahm. (Auf bei den Soz.: Das ist Schreibung und Korruption!)

Der Reichstag nicht dann auf die Art ein, wie die Regierung die Entschädigungsaktion vorgenommen hat unter Ausnutzung der Reichstags. Viele der Herrn Reichstagsmänner hätten in diesem Falle die Gelegenheit nicht ersehen können. Ein durchaus sachlich gehaltenes Schreiben des Deutschen Bergarbeiterverbandes, in dem um Mitberathung der Gewerkschaften in den Verhandlungen ersucht wurde, rima der Regierung am 17. Oktober v. J. zu und wurde erst drei Monate später, am 13. Januar 1920, beantwortet.

Die Regierung hat bei der Gewährung der 700 Millionen Entschädigung an die Ruhrindustrie gefehlt, ja geschuldig gehandelt und dadurch das Ansehen des Reiches schwer geschädigt. (Zeh. Zustimmung links.) Warum hat die Regierung nicht einmal die für solche Fragen zukünftige Zulassung, den Reichshofrat, getroffen? Die Regierung hat der Industrie bei der Entschädigung noch Weiterpreise für die Rohlen bewilligt. Sie bezahlte 18,43 Mk. für die Zonne in einer Zeit, in der der Ruhrkohlenpreis selbst den Preis einstellte der Ruhrkohlenpreisen auf nur 15,50 Mk. berechnete. (Zeh! Zeh!) Die Millionen-Entschädigungen sind der Ruhrindustrie aus der Reichskasse gezahlt worden zur Abgeltung der Rohlen, obwohl zur Abgeltung dieser Rohlen der Preis einstellte der Ruhrkohlenpreisen auf nur 15,50 Mk. berechnete. (Zeh! Zeh!) Die Millionen-Entschädigungen sind der Ruhrindustrie aus der Reichskasse gezahlt worden zur Abgeltung der Rohlen, obwohl zur Abgeltung dieser Rohlen der Preis einstellte der Ruhrkohlenpreisen auf nur 15,50 Mk. berechnete. (Zeh! Zeh!)

Die Regierung hat bei der Gewährung der 700 Millionen Entschädigung an die Ruhrindustrie gefehlt, ja geschuldig gehandelt und dadurch das Ansehen des Reiches schwer geschädigt. (Zeh. Zustimmung links.) Warum hat die Regierung nicht einmal die für solche Fragen zukünftige Zulassung, den Reichshofrat, getroffen? Die Regierung hat der Industrie bei der Entschädigung noch Weiterpreise für die Rohlen bewilligt. Sie bezahlte 18,43 Mk. für die Zonne in einer Zeit, in der der Ruhrkohlenpreis selbst den Preis einstellte der Ruhrkohlenpreisen auf nur 15,50 Mk. berechnete. (Zeh! Zeh!) Die Millionen-Entschädigungen sind der Ruhrindustrie aus der Reichskasse gezahlt worden zur Abgeltung der Rohlen, obwohl zur Abgeltung dieser Rohlen der Preis einstellte der Ruhrkohlenpreisen auf nur 15,50 Mk. berechnete. (Zeh! Zeh!)

Die Regierung hat bei der Gewährung der 700 Millionen Entschädigung an die Ruhrindustrie gefehlt, ja geschuldig gehandelt und dadurch das Ansehen des Reiches schwer geschädigt. (Zeh. Zustimmung links.) Warum hat die Regierung nicht einmal die für solche Fragen zukünftige Zulassung, den Reichshofrat, getroffen? Die Regierung hat der Industrie bei der Entschädigung noch Weiterpreise für die Rohlen bewilligt. Sie bezahlte 18,43 Mk. für die Zonne in einer Zeit, in der der Ruhrkohlenpreis selbst den Preis einstellte der Ruhrkohlenpreisen auf nur 15,50 Mk. berechnete. (Zeh! Zeh!) Die Millionen-Entschädigungen sind der Ruhrindustrie aus der Reichskasse gezahlt worden zur Abgeltung der Rohlen, obwohl zur Abgeltung dieser Rohlen der Preis einstellte der Ruhrkohlenpreisen auf nur 15,50 Mk. berechnete. (Zeh! Zeh!)

Die Regierung hat bei der Gewährung der 700 Millionen Entschädigung an die Ruhrindustrie gefehlt, ja geschuldig gehandelt und dadurch das Ansehen des Reiches schwer geschädigt. (Zeh. Zustimmung links.) Warum hat die Regierung nicht einmal die für solche Fragen zukünftige Zulassung, den Reichshofrat, getroffen? Die Regierung hat der Industrie bei der Entschädigung noch Weiterpreise für die Rohlen bewilligt. Sie bezahlte 18,43 Mk. für die Zonne in einer Zeit, in der der Ruhrkohlenpreis selbst den Preis einstellte der Ruhrkohlenpreisen auf nur 15,50 Mk. berechnete. (Zeh! Zeh!) Die Millionen-Entschädigungen sind der Ruhrindustrie aus der Reichskasse gezahlt worden zur Abgeltung der Rohlen, obwohl zur Abgeltung dieser Rohlen der Preis einstellte der Ruhrkohlenpreisen auf nur 15,50 Mk. berechnete. (Zeh! Zeh!)

Die Regierung hat bei der Gewährung der 700 Millionen Entschädigung an die Ruhrindustrie gefehlt, ja geschuldig gehandelt und dadurch das Ansehen des Reiches schwer geschädigt. (Zeh. Zustimmung links.) Warum hat die Regierung nicht einmal die für solche Fragen zukünftige Zulassung, den Reichshofrat, getroffen? Die Regierung hat der Industrie bei der Entschädigung noch Weiterpreise für die Rohlen bewilligt. Sie bezahlte 18,43 Mk. für die Zonne in einer Zeit, in der der Ruhrkohlenpreis selbst den Preis einstellte der Ruhrkohlenpreisen auf nur 15,50 Mk. berechnete. (Zeh! Zeh!) Die Millionen-Entschädigungen sind der Ruhrindustrie aus der Reichskasse gezahlt worden zur Abgeltung der Rohlen, obwohl zur Abgeltung dieser Rohlen der Preis einstellte der Ruhrkohlenpreisen auf nur 15,50 Mk. berechnete. (Zeh! Zeh!)

Moskau braucht Waffenstillstand

Früheres Programm.

Rachrichtenblatt der „Völkischen Zeitung“.

* Moskau, 20. Februar.

Der Nachfolger Trotski, Volkstamm für das Streben, Frankreich, hielt in einer Versammlung von Offizieren und Militärschülern eine programmatische Rede über die auswärtige Politik in der Sowjet-Union und über die Rolle, die darin der Armeespartei zu spielen hat. Er betonte die Aufgabe der Armeespartei, „Defensiv“ zu sein und begründete dies mit dem folgenden außenpolitischen Denkansatz:

Die Weltrevolution, die das Ziel der Sowjetpolitik bilde, solle nicht durch kriegerische Aktionen herbeigeführt werden, sondern sie werde nach vollkommener Aufstellung vor allem aus der großen Aufwandsbewegung der Kolonialvölker hervorragen, sowie aus der revolutionären Bewegung in der Arbeiterklasse der Industriestaaten. Was die vier Bundesgenossen des Sowjet-Regimes bedeuten sollte, wurde durch die russischen Arbeiter im Ausland, die Kolonialbewegung und die Gewerkschaften der Weltregierung erläutert. Diese Gewerkschaften verbinden eine einmütige Stellungnahme gegen die Sowjetrepublik mit durch sie der antioberklassische Weltmühen. Selbst in der englischen Regierung gebe es Anhänger einer Verständigung mit Russland.

Der Teil der Rede Frankreichs, der sich mit England befaßt, zeigt das Bestreben, in London beruhigt zu wirken. Die Politik der Sowjets gegen England sei friedlich. Der allem betonte

v. Schlieffen führte unter den noch bevorstehenden Aufgaben an 100 Millionen als Ersatz für die Reparations- und Währungsarbeiten an die Ruhrindustrie. Was ist seit dieser Erklärung geschehen, was eine Erhöhung dieser Summe von 100 auf 200 Millionen erforderlich macht? Wollte Herr v. Schlieffen vielleicht mit dieser 400 Millionen zu niedrigen Angabe das Verlangen der Aufwandsbewegung als unüberführbar kennzeichnen? Während die Ruhrindustrie sich innerlich bereichert hat, sind 7000 Arbeiter und Beamte der Ruhrindustrie hienos in die Straße getrieben worden.

Wir sehen die Angelegenheit nicht dadurch als erledigt an, daß ein Untersuchungs-ausschuss eingesetzt und die Oeffentlichkeit des Vorgehens der Reichsregierung festgestellt wird. Durch die Untersuchungs-ausschuss an reiche Industrie ist auch die Aufwandsbewegung, die ja eine Frage der Mittel ist, in ein anderes Stadium eingetreten. Wir verlangen die Aufhebung der Entschädigung, damit mit diesen Mitteln das schwere Innerlich getrieben wird, unter dem die Aufwandsbewegung der Arbeiter stehen müssen. (Kochhofer Beifall bei der Sozialdemokratie.)

Von den Parteien der Rechten und vom Zentrum ist ein Antrag eingegangen:

Gernstig Artikel 34 der Reichsverfassung wird ein Untersuchungs-ausschuss eingesetzt mit der Aufgabe, festzustellen, ob irgendwelche Beträge an die Ruhrindustrie geflossen ausgegeben worden sind und ob daher eine Währungsreform erforderlich ist.

Hg. Dr. Cremer (D. Sp.) gibt für die Fraktionen der Deutschen, der Deutschen und Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaft, Partei eine Erklärung ab, die in der gefogt wird, diese Fraktionen seien überzagt, daß die Reichsregierung bei dem Erfolg der Reparationsarbeiten gehandelt habe unter dem Eindruck der 20. Januar-Diktate, die deutsche Wirtschaft vor dem vollständigen Zusammenbruch zu bewahren. Sie seien also gewillt, für die Einsetzung eines Untersuchungs-ausschusses, damit objektiv festgestellt werde, daß die Maßnahmen der Regierung durch zwingende Verhältnisse geboten waren, daß sie bei der Finanzierung des Reiches deshalb, noch Privatpersonen unzulässige Vorteile ausgeübt haben. Die Fraktionen beantragen weiter die Herabsetzung der Devisenfraktionen den Hauptausgaben.

Reichstagspräsident Dr. Luther (von der Linken mit Lurche empfangen) nimmt darauf den Wort.

Der Kanzler erklärt, es hinge immer so, als ob es sich hier um „Rechte an die Ruhrindustrie“ und weniger große Firmen handelte. Aus der Debatte ergibt sich, daß es sich bei den 700 Millionen um die Gesamtbetrag handelt, die an Entschädigungen im besetzten Gebiet gezahlt worden sind. Die Zahl der Empfänger dieser Entschädigungen umfaßt 4000. (Zeh! Zeh! rechts.) Es handelt sich einfach um den Erfolg der durch Gewalt den Bewohnern der besetzten Gebiete erzwungenen Leistungen. (Widerstand links.) Das Reich mußte, sobald es dazu in der Lage war, diese Leistungen erlassen. Nach Dr. Herz hat mit ihm Zustimmung ausgesprochen, daß Rhein und Ruhr nicht Reparationsproving werden dürfen. Mit den Worten ist es aber nicht

Frank, daß der Vertrag mit Japan keineswegs ein russisch-japanisches Bündnis darstelle, ein solches könne es gar nicht geben. Er verwarf die Idee, Sowjet-Rußland nicht beauftragt, mit Rumänien Krieg zu führen, sondern überzagt sie, auf friedlichem Wege und durch die Entwidung der Weltlage selbst beauftragt zu werden. Abt hielt die Stelle der Rede über Frankreich; Ausland könne in der Schuldfrage von seinem bisherigen Prinzip nicht abgehen und nur solche Korrekturen vorschlagen, die die Staatlichkeit im eigenen Land nicht erschüttern. Als besonderes Beispiel der Friedebewegung erwiderte Frank die Verbringung der Roten Arme und die Abt, Entwaffnungsvorlesungen abhalten.

* Daß die Sowjet-Regierung gerade durch den Kriegsgewinn eine Freiheitsbewegung hätte, ist für den gegenwärtigen außenpolitischen Kurs bezeichnend, wenn auch nicht in dem Sinn, wie Redner glauben machen will. Es geht nicht um die deutsche Politik, die die wirklichen Truppen, mit denen die Sowjet-Regierung ihre Streitkräfte führt, die in der Welt sind, die nicht nur das Mitglied der übrigen kommunistischen Parteien in Europa bildet, sondern auch vor allem in Asien und Afrika erhebliche Einflüsse ausüben. Die gegenwärtigen Bewegungen in diesen Weltteilen, mit der Sowjet-Union verbunden, werden nicht umhin zu tun, die Zusammenhänge zwischen ihr und der bolschewistischen Weltbewegung. Das vorliegende außenpolitische Exposé zeigt das Bestreben, Sowjet-Rußland einen Waffenstillstand zu liefern, die von ihm erhoffte allgemeine Limitierungsbewegung heranzuführen.

Wenn man das nicht will, muß man das in dem Augenblick, wo es notwendig ist, entsprechend handeln. (Kürzener Zustimmung links. Zustimmung auf der Rechten.)

Die Frage der Öffentlichkeit ist eine außenpolitische Angelegenheit, die vom Reiches mit einem Nachdruck verfolgt wird. Der springende Punkt war doch, die Öffentlichkeit im besetzten Gebiet zu beruhigen und das Wirtschaftswesen in Gang zu halten. (Kürzener Widerspruch links.) Der Kanzler bekräftigt, daß es um die Beruhigung des Wirtschaftswesens geht, um Aufhebung von außen bedurft. Schon in der ersten Sitzung des Ausschusses wurde der Reichsfinanzminister als erster Redner dem Aufschuß Auskunft gegeben. (Kürzener Zustimmung links: Und das Schreiben des Bergarbeiterverbandes?) Auf einem anderen Wege konnte nicht verfahren werden, da der Reichstag garnicht früher zusammenkam. (Geklärt links.)

Die Regierung hat sich beim Abfahrl der Währungsreform bezeugt, daß man etwa im Juli 1924 zu geroderten Verhältnissen kommen würde. Tatsächlich ist der Zustand der Dinge erheblich langsamer gewesen. Es müßten andere Wege gegangen werden, um das Wirtschaftswesen im besetzten Gebiet aufzurichten. Auf verschiedene Möglichkeiten von der Linken erklärt der Kanzler hier: Zunächst, die Reichsregierung hat es damals auf sich genommen, daß deutsche Völk durch die kurzlebigen Verhältnisse hindurchzuführen. (Stimmlos bei den Rechten, Zeh! links.) Abg. Herz (Soz.) ruft: Warum haben Sie es damals nicht die Möglichkeit gegeben? (Großer Zeh und Schlieffen auf der Rechten.)

Nach Abfahrl des Londoner Abkommens ging der Reichstag in die Ferien. In die erste Zeit fällt die Verabreichung der Umsatzsteuer, die Erhöhung der Beamtengehälter. Diese müßte gegeben ohne den Reichstag. Der Finanzminister wollte an den Reichstag herantreten, da kam die Regierungskrise und die Auflösung des Reichstages. Es wurde eine Steuererhöhung vorgenommen ohne den Reichstag. Dann müßte auch die Währungsreformfrage erledigt werden. Will man der Regierung vorwerfen, daß es gelungen ist, im Laufe des Jahres die Verhältnisse zu heben? (Großer anstehender Zeh! links. Stufe rechts: Stufe!)

Die Juligen galten erst für die Zeit nach der Sanierung. Sollten wir die Zahlungen verweigern, nachdem das deutsche Volk durch in der Lage war, sie zu leisten? Waren die Zahlungen an hoch?

Der Reichstagspräsident gibt einen abgemessenen Heberbeil. Auf der rechte Seite Sandström: Die Regierung hat in einem Augenblick gehandelt, daß die Ruhrindustrie ihren wirtschaftlichen Aufschwung ohne die Finanzverhältnisse nicht gehabt hätte. (Zeh. Zeh! Zeh! rechts.)

Der Kanzler erklärt für die Finanzverwaltung, daß nur Zahlungen geleistet worden seien, zu deren Leistung nicht nur eine juristische, sondern auch politische Verpflichtungen bestanden. Die Regierung hat bereit, im Austausch über jede Einzelheit Auskunft zu geben und bezieht die rechtliche Verantwortung. Es sei eine Verifizierung der öffentlichen Meinung notwendig, um festzustellen, ob die Zahlungen nur an einen Teil der Bevölkerung gegangen sind. (Beifall u. Säbelstimm rechts. Großer Zeh auf der Linken.)